Open Doors: Christenverfolgung hat weltweit weiter zugenommen

12. Januar 2017

Kelkheim (KNA) Die Verfolgung der Christen weltweit hat nach Darstellung der international agierende evangelikale Organisation Open Doors erneut stark zugenommen. Schuld daran sei vor allem radikaler Islamismus, heißt es in dem am Mittwoch in Kelkheim veröffentlichten Weltverfolgungsindex 2017. Aber auch ein wachsender Nationalismus in hinduistisch oder buddhistisch geprägten Staaten Asiens setze Christen massiv unter Druck. Hatte Open Doors zuletzt immer von mehr als 100 Millionen verfolgten Christen gesprochen, so schätzte das überkonfessionelle christliche Hilfswerk diese Zahl jetzt auf rund 200 Millionen neu ein. Die Angaben sind umstritten, weil eine exakte Definition von Verfolgung schwierig ist. Sie reicht von direkter Gewalt über diskriminierende Gesetze bis zu gesellschaftlicher Ausgrenzung. Erneut führt Nordkorea den Index an. Somalia rückt von Platz vier auf Platz zwei vor, gefolgt von Afghanistan, Pakistan, dem Sudan und Syrien. In 35 der 50 aufgeführten Länder ist demnach islamische Unterdrückung Ursache der Verfolgung. In Asien werden die deutlichsten Verschlechterungen verzeichnet – so rückte Indien auf Rang 15 vor. Für die Verschärfung macht Open Doors neben islamistischen Regimes auch Netzwerke wie Boko Haram und Al-Shabaab verantwortlich. Sie gründeten mit finanzieller Hilfe aus Saudi-Arabien Schulen mit extremistischer Prägung, schleusten Anhänger in öffentliche Ämter oder kontrollierten den Moschee-Bau. Auch im Konflikt um die regionale Vorherrschaft zwischen Iran und Saudi-Arabien gerieten die Christen zwischen alle Fronten. Trotz ihrer tiefen Verwurzelung im Nahen Osten drohe ihnen dort die völlige Vertreibung. Verantwortlich sind laut Open Doors aber auch verunsicherte asiatische Regierungen, die nationalistische Ressentiments gegen Minderheiten schürten. Gefordert werde dann, man müsse Buddhist sein, um ein vollwertiger Bürger Sri Lankas zu sein; ein „echter“ Malaysier sei ein Muslim und nur ein Hindu könne ein richtiger Inder sein. Der Unionsfraktionsvorsitzende im Bundestag, Volker Kauder (CDU), erklärte dazu, die Bundesregierung müsse in ihrer Außen- und Entwicklungspolitik weiterhin stets auf die Einhaltung der Religionsfreiheit pochen. Mit Blick auf den Irak und Syrien forderte der CDU-Politiker, Deutschland und Europa müssten sich gezielt dafür einsetzen, dass christliches Leben in der Ursprungsregion des Christentums wieder möglich ist. Auch der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bewertete den aktuellen Bericht als besorgniserregend. Religionsfreiheit müsse auch in muslimisch geprägten Ländern für alle gewährleistet sein, erklärte der Vorsitzende des überkonfessionellen Gesprächsforums, Heribert Hirte. „Dennoch warne ich davor, den Islam in Gänze für die Zunahme von islamistischen Terrortaten verantwortlich zu machen“, so Hirte. Auch viele Muslime litten unter der Gewalt von Extremisten. Der Kampf gegen religiöse Verfolgung, „sei sie nationalistisch oder islamistisch motiviert, muss wirkungsvoller werden“.

(KNA – rklll-89-00040)

Stand: 22. November 2026